



# Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim

Nr. 05

Rosenheim, 31.05.2019

165. Jahrg.

## INHALTSÜBERSICHT

### Verfassung und Allgemeine Verwaltung

Vollzug der Baugesetze;  
Nutzungsänderung einer Gewerbeeinheit in eine Wohneinheit, Fl.Nr. 215/4,  
Gemarkung Edling..... 69

Vollzug der Baugesetze;  
Einbau einer Schleppgaube zum Dachgeschoßausbau, Fl. Nr. 101,  
Gemarkung Niederachau i. Ch. .... 70

### Bauen, Planen, Gewässer, Wohnen

Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Überschwemmungsgebiet „Rott“ auf dem Gebiet  
der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim vom 14.05.2019 ..... 71

Vollzug des Wasserverbandsgesetzes –WVG;  
Bekanntmachung der Änderung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Farrach..... 73

### Wirtschaft, Arbeit, gewerblicher Verbraucherschutz, Verkehr, Energie

Vollzug der Wassergesetze;  
Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung über das  
Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Pfaffing (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche  
Wasserversorgung der Firma Alpenhain Käsespezialitäten GmbH in Lehen vom 09.09.1985..... 74

Vollzug der Wassergesetze;  
Erörterung der Bedenken und Anregungen zum Erlass der Verordnung über das Wasserschutzgebiet  
in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord  
(Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V.  
(Quelle Hart)..... 75

Vollzug des KommZG;  
Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl  
zur Wasserversorgung der „Vagener Au“ im Gemeindegebiet Feldkirchen-Westerham ..... 76

Vollzug des KommZG;  
Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Schechen zur Übertragung  
der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1 und 1674/6, jeweils  
Gemarkung Hochstätt (Parkplatzflächen Rotter Ausee)..... 78

Vollzug des KommZG;  
Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Stephanskirchen und der Gemeinde Rohrdorf über die  
Übertragung der Aufgaben und Befugnisse der öffentlichen Entwässerung für die Grundstücke Fl.Nr. 1626,  
1626/1 und 1626/2 der Gemarkung Rohrdorf)..... 80

### Finanzwesen

Vollzug des KommZG und der GO;  
Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn ..... 83

## **Sonstiges**

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg ..... 85

### **Dieser Ausgabe liegt als Anlage bei:**

Anlage 1 zur

Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Überschwemmungsgebiet „Rott“ auf dem Gebiet der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim vom 14.05.2019

Anlage 2 zum

Vollzug des Wasserverbandsgesetzes –WVG;

Bekanntmachung der Änderung in der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Farrach

Anlage 3 zum

Vollzug des KommZG;

Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl zur Wasserversorgung der „Vagener Au“ im Gemeindegebiet Feldkirchen-Westerham

<b>Herausgeber:</b> Landratsamt Rosenheim, Wittelsbacherstraße 53, 83022 Rosenheim, Tel. 08031 392-1015 Jahresbezugsgebühr einschließlich Postzustellung 40 EURO zusätzlich 2 EURO Verwaltungsgebühr bei erstmaliger Bestellung. Im Internet unter: <a href="http://www.landkreis-rosenheim.de">www.landkreis-rosenheim.de</a> – Aktuelles – Pressemitteilungen, Publikationen
---

# VERFASSUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

**Vollzug der Baugesetze;  
Nutzungsänderung einer Gewerbeeinheit in eine Wohneinheit, Fl.Nr. 215/4,  
Gemarkung Edling**

Bauherr: Pebb Bau GmbH, Pfunzner Weg 2, 83135 Schechen  
Bauvorhaben: Nutzungsänderung; die Gewerbeeinheit soll in eine Wohneinheit umgewandelt werden  
Bauort: Edling, Am Gewerbering 9  
Gemarkung: Edling  
Flurnummer: 215/4

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

## **Baugenehmigung**

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

## **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

**schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle** dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

**In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten** (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

## **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

**Hinweis:** Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.618, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 10.05.2019

gez.

Rösler

**Vollzug der Baugesetze;  
Einbau einer Schleppgaube zum Dachgeschoßausbau, Fl. Nr. 101,  
Gemarkung Niederaschau i. Ch.**

Bauherr: Max und Barbara Morant, Bahnhofstr. 3, 83229 Aschau i. Ch.  
Bauvorhaben: Einbau einer Schleppgaube zum Dachgeschoßausbau  
Bauort: Aschau i. Ch., Bahnhofstr. 3  
Gemarkung: Niederaschau i. Ch.  
Flurnummer: 101

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

**Baugenehmigung**

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

**schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle** dieses Gerichts erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

**In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten** (Freistaat Bayern) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Hinweis:** Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 53, 83022 Rosenheim, Zimmer 01.611, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 23.05.2019

gez.

Lund

# **BAUEN, PLANEN, GEWÄSSER, WOHNEN**

## **Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Überschwemmungsgebiet „Rott“ auf dem Gebiet der Gemeinde Großkarolinenfeld im Landkreis Rosenheim vom 14.05.2019**

Das Landratsamt Rosenheim erlässt aufgrund von § 76 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl I S. 2771), in Verbindung mit Art. 46 Abs. 3 und Art. 73 des Bayerischen Wassergesetzes -BayWG- (BayRS 753-1-UG) folgende

### **Verordnung**

#### **§ 1**

#### **Allgemeines, Zweck**

- (1) In der Gemeinde Großkarolinenfeld wird das in § 2 näher beschriebene Überschwemmungsgebiet „Rott“ festgesetzt.
- (2) <sup>1</sup>Die Festsetzung dient der Darstellung einer konkreten, von Natur aus bestehenden Hochwassergefahr in dem betroffenen Bereich. <sup>2</sup>Zudem werden Bestimmungen zur Vermeidung von Schäden und zum Schutz vor Hochwassergefahren getroffen.

#### **§ 2**

#### **Umfang und Einteilung des Überschwemmungsgebiets/ Kennzeichnung der HW-Linie**

- (1) <sup>1</sup>Die Grenzen des Überschwemmungsgebiets sind in der im Anhang veröffentlichten Übersichtskarte eingetragen. <sup>2</sup>Für die genaue Grenzziehung sind die Detailkarten K1, K2 und K3 im Maßstab 1 : 2.500 maßgebend, die im Landratsamt Rosenheim und im Rathaus der Gemeinde Großkarolinenfeld niedergelegt sind; sie können dort während der Dienststunden eingesehen werden. <sup>3</sup>Die genaue Grenze verläuft auf der jeweils gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Grenze ein Grundstück schneidet, auf der dem Gewässer näheren Kante der gekennzeichneten Linie. <sup>4</sup>Gänzlich im Überschwemmungsgebiet liegende Gebäude sowie solchen gleichgestellte Gebäude, die teilweise im Überschwemmungsgebiet liegen, sind in der Detailkarte ebenfalls farblich hervorgehoben.
- (2) Veränderung der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Überschwemmungsgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen des Überschwemmungsgebiets nicht.
- (3) <sup>1</sup>An jedem öffentlichen Gebäude und an öffentlichen Anlagen ist die HW100-Linie als Anhaltspunkt für die Hochwassergefahr für jede Person gut sichtbar zu kennzeichnen. <sup>2</sup>Auskunft über die Höhe der HW100-Linie (in Meter über NN) erteilt das Landratsamt Rosenheim.

#### **§ 3**

#### **Bauleitplanung, Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen, Antragstellung**

- (1) Für die Ausweisung von neuen Baugebieten und die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen gilt § 78 WHG.
- (2) <sup>1</sup>Eine hochwasserangepasste Ausführung von Gebäuden im Sinne des § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Buchst. d) WHG ist gegeben, wenn nur Räume, die vollständig mindestens 25 cm über dem beim Bemessungshochwasser zu erwartenden Wasserstand (HW100-Linie) liegen, als Aufenthaltsräume genutzt werden und bautechnische Nachweise darüber vorgelegt werden, dass auch bei Hochwasser Auftriebs- und Rückstausicherheit sowie die Dichtheit und Funktionsfähigkeit, einschließlich der Entwässerung, gewährleistet sind. <sup>2</sup>Die Nachweise müssen von einem nach Art. 62 der Bayerischen Bauordnung -BayBO- Berechtigten erstellt werden.
- (3) <sup>1</sup>Mit dem Genehmigungsantrag nach § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG sind für bauliche Anlagen in entsprechender Anwendung der für Bauvorlagen geltenden Bestimmungen der BayBO die zur Beurteilung erforderlichen und geeigneten Unterlagen vorzulegen. <sup>2</sup>Vorlagepflichten nach der Verordnung über Pläne und Beilagen im wasserrechtlichen Verfahren -WPBV- bleiben unberührt.

#### **§ 4 Sonstige Vorhaben**

- (1) Für sonstige Vorhaben nach § 78a Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 6 und Nr. 8 WHG gilt § 78a Abs. 2 WHG.
- (2) Die Zulassung nach § 78a Abs. 2 Satz 1 WHG gilt als erteilt, wenn für das Vorhaben eine Anlagengenehmigung nach Art. 20 BayWG erteilt wurde und dabei die Voraussetzungen des § 78a Abs. 2 Satz 1 WHG geprüft wurden.

#### **§ 5 Weitergehende Bestimmungen**

<sup>1</sup>Die Errichtung neuer Heizölverbraucheranlagen ist gem. § 78c Abs. 1 Satz 1 WHG verboten. <sup>2</sup>Heizölverbraucheranlagen, die am 5. Januar 2018 im Geltungsbereich dieser Verordnung liegen, sind vom Betreiber bis zum 5. Januar 2023 nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher nachzurüsten. <sup>3</sup>Sofern Heizölverbraucheranlagen wesentlich geändert werden, sind diese abweichend von Satz 2 zum Änderungszeitpunkt hochwassersicher nachzurüsten.

#### **§ 6 Ausnahmen zu § 5**

- (1) Das Landratsamt Rosenheim kann gem. § 78c Abs. 1 Satz 2 WHG auf Antrag Ausnahmen von dem Verbot des § 5 Satz 1 zulassen, wenn keine anderen weniger wassergefährdenden Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen und die Heizölverbraucheranlage hochwassersicher errichtet wird.
- (2) <sup>1</sup>Die Befreiung kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform. <sup>2</sup>Die Befreiung ist widerruflich.
- (3) Im Fall des Widerrufs kann das Landratsamt Rosenheim vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz vor Hochwassergefahren, erfordert.

#### **§ 7 Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim in Kraft.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 14.05.2019

gez.

Dr. Ludwig  
Regierungsdirektor

(34-6451-1 J)

**Vollzug des § 67 des Wasserverbandsgesetzes -WVG- in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.02.1991 (BGBl. I S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.05.2002 (BGBl. I S. 1578);  
hier: Bekanntmachung der Änderung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Farrach**

### **Bekanntmachung**

Der Wasser- und Bodenverband Farrach hat entsprechend § 58 Abs. 1 in der Versbandsversammlung am 17.04.2019 die Änderung der Verbandssatzung beschlossen.

Die Satzungsänderungen wurden in der Fassung der Ausfertigung vom 17.04.2019 gemäß §§ 58 Abs. 2 Satz 1 und 72 Abs. 1 Satz 1 WVG in Verbindung mit Art. 2 BayAGWVG durch das Landratsamt Rosenheim als örtlich und sachlich zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt.

Die Änderungen der Satzung werden als Anlage zu diesem Amtsblatt bekannt gemacht.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 13.05.2019

gez.

Dr. Ludwig  
Regierungsdirektor

(EAPI 644)

# **WIRTSCHAFT, ARBEIT, GEWERBLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ, VERKEHR, ENERGIE**

**Vollzug der Wassergesetze;**

**Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über die Aufhebung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Pfaffing (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Firma Alpenhain Käsespezialitäten GmbH in Lehen vom 09.09.1985**

Das Landratsamt Rosenheim erlässt aufgrund des § 51 Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2017 (BGBl I S. 2771), in Verbindung mit Art. 31 und 73 des Bayerischen Wassergesetzes (BayRS 753-1-UG) und Art. 48 Satz 1 des Landesstraß- und Verordnungsgesetzes (BayRS 2011-2-I) folgende

## **Verordnung**

### **§ 1**

Die Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über das Wasserschutzgebiet in der Gemeinde Pfaffing (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Firma Alpenhain Käsespezialitäten GmbH in Lehen vom 09.09.1985 (KABl. Nr. 14 vom 13.09.1985) wird aufgehoben.

### **§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Rosenheim in Kraft.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, den 06.05.2019

gez.

Dr. Ludwig  
Regierungsdirektor



**Vollzug der Wassergesetze;**

**Erörterung der Bedenken und Anregungen zum Erlass der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart)**

**Bekanntmachung**

Im Verfahren zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes in den Gemeinden Schechen und Rott a. Inn sowie in dem gemeindefreien Gebiet Rotter Forst-Nord (Landkreis Rosenheim) für die öffentliche Wasserversorgung der Wassergemeinschaft Ranft-Hart e.V. (Quelle Hart) wird das Landratsamt Rosenheim die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange

**am Donnerstag, den 27.06.2019 um 9.00 Uhr  
im kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes Rosenheim,  
Erweiterungsbau Zimmer Nr. 02.004 (Erdgeschoss)**

erörtern.

Die Teilnahme am Erörterungstermin ist den Betroffenen freigestellt.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich; gegebenenfalls ist dem Landratsamt beim Erörterungstermin eine schriftliche Vollmacht zu übergeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt und entschieden werden kann (Art. 73 Abs. 6 in Verbindung mit Art. 67 Abs. 1 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz).

Die mündliche Verhandlung ist nicht öffentlich. Es wird deshalb gebeten, einen amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen. Kosten, die durch die Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, den 23.05.2019

gez.

Dr. Ludwig,  
Regierungsdirektor

## **Vollzug des KommZG;**

### **Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl zur Wasserversorgung der „Vagener Au“ im Gemeindegebiet Feldkirchen-Westerham**

Der Gemeinderat der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und der Marktgemeinderat des Marktes Bruckmühl haben in der Sitzung vom 26.02.2019 bzw. vom 28.02.2019 nachstehende „Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl zur Wasserversorgung der Vagener Au“ beschlossen.

Die Zweckvereinbarung wurde gemäß Art. 12 Abs. 2 KommZG vom Landratsamt Rosenheim, Sachgebiet 21, mit Schreiben vom 08.05.2019 rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Zweckvereinbarung wird hiermit zur Erlangung der Rechtswirksamkeit bekannt gemacht:

#### **Zweckvereinbarung zur Wasserversorgung der Vagener Au**

**Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham**  
(vertreten durch den Ersten Bürgermeister Hans Schaberl)  
Ollinger Str. 10, 83620 Feldkirchen-Westerham

und

**der Markt Bruckmühl**  
(vertreten durch den Ersten Bürgermeister Richard Richter)  
Rathausplatz 4, 83052 Bruckmühl

schließen nach Art. 7 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl. S. 55; 1995 S. 98, BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) schließen die Gemeinde Feldkirchen-Westerham und der Markt Bruckmühl folgende

#### **Zweckvereinbarung:**

##### **§ 1 Gegenstand der Vereinbarung**

- (1) Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham überträgt dem Markt Bruckmühl die Aufgabe, in dem in ihrem Gebiet liegenden Teil der sogenannten Vagener Au für eine ordnungsgemäße Wasserversorgung zu sorgen. Der **beigefügte Lageplan** auf dem die Umgrenzung des zu versorgenden Gebietes kenntlich gemacht ist, bildet einen Bestandteil dieser Zweckvereinbarung.
- (2) Der Markt Bruckmühl erklärt sich zur Übernahme der in Abs. 1 aufgeführten Aufgabe der nachfolgenden Bestimmungen bereit.

##### **§ 2 Übertragung von Befugnissen und Satzungsrecht**

- (1) Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham überträgt dem Markt Bruckmühl alle zur Erfüllung der in § 1 bezeichneten Aufgabe notwendigen Befugnisse.
- (2) Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham überträgt dem Markt Bruckmühl das Recht, die zur Erfüllung der in § 1 bezeichneten Aufgabe notwendigen Satzungen zu erlassen.  
Für die vom Markt Bruckmühl versorgten Grundstücke nach § 1 gelten unmittelbar die
  - Satzung für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung (Wasserabgabesatzung –WAS) des Marktes Bruckmühl vom 08.12.2014 in der zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung
  - Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS) des Marktes Bruckmühl vom 29.06.2017 in der zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung.Änderungen der vorgenannten Satzungen erstrecken sich jeweils auch auf das von der Zweckvereinbarung betroffene Gebiet.

### **§ 3 Aufgabenerfüllung**

- (1) Der Markt Bruckmühl verpflichtet sich, die Wasserversorgungsanlage in dem in § 1 bezeichneten Gebiet der Gemeinde Feldkirchen-Westerham zu denselben Bedingungen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten als wie im eigenen Gemeindegebiet.
- (2) Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham gestattet dem Markt Bruckmühl, die zur Wasserversorgung in dem in § 1 bezeichneten Gebiet notwendige Wasserversorgungsanlage zur errichten, zu ändern und zu betreiben. Für diese Gestattung wird keine Gebühr erhoben.
- (3) Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham ist verpflichtet, bei Baumaßnahmen (insbesondere Straßenbaumaßnahmen) im Geltungsbereich der Zweckvereinbarung den Markt Bruckmühl zu verständigen.

### **§ 4 Laufzeit**

Diese Zweckvereinbarung wird auf 20 Jahre geschlossen.

### **§ 5 Schriftformerfordernis**

Ergänzungen bzw. Änderungen, sowie Erweiterungen und Kündigungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind unzulässig.

### **§ 6 Genehmigungspflicht**

Der Abschluss dieser Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Gleiches gilt für die Änderungen und Aufhebung der Zweckvereinbarung.

### **§ 7 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung unwirksam sein, wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt, wenn anzunehmen ist, dass die Beteiligten die Zweckvereinbarung auch ohne die unwirksame Regelung geschlossen hätten. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszweckes umzu-  
deuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine regelungsbedürftige Lücke herausstellt.

### **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Vereinbarung tritt einen Tag nach ihrer amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Rosenheim in Kraft. Gleichzeitig tritt die Zweckvereinbarung vom 02.06./30.06.2003 außer Kraft.

GEMEINDE FELDKIRCHEN-WESTERHAM  
Feldkirchen-Westerham, den 25.03.2019

gez.

Hans Schaberl  
Erster Bürgermeister

MARKT BRUCKMÜHL  
Bruckmühl, den 28.03.2019

gez.

Richard Richter  
Erster Bürgermeister

Diese Zweckvereinbarung wird auch im Internet unter der Adresse  
[www.landkreis-rosenheim.de](http://www.landkreis-rosenheim.de) (Aktuelles/Pressemitteilungen, Publikationen/Amtsblatt) veröffentlicht.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 08.05.2019

gez.

Mandl  
Regierungsrätin

## **Vollzug des KommZG;**

### **Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Schechen zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1 und 1674/6, jeweils Gemarkung Hochstätt (Parkplatzflächen Rotter Ausee)**

Der Gemeinderat der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinderat der Gemeinde Schechen haben in der Sitzung vom 26.07.2012 bzw. vom 11.06.2012 nachstehende „Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Schechen zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1, 1674/6, Gemarkung Hochstätt (Parkplatzflächen Rotter Ausee)“ beschlossen.

Die Zweckvereinbarung wurde gemäß Art. 12 Abs. 2 KommZG vom Landratsamt Rosenheim, Sachgebiet 21, mit Schreiben vom 14.05.2019 rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Zweckvereinbarung wird hiermit zur Erlangung der Rechtswirksamkeit bekannt gemacht:

#### **Zweckvereinbarung**

#### **gem. Art. 2 Abs. 1 Alt. 2 und Art. 7 Abs. 1 KommZG zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1, 1674/6 Gemarkung Hochstätt (Parkplatzflächen Rotter Ausee)**

zwischen der

##### **Gemeinde Rott a. Inn**

(vertreten durch Herrn 1. Bürgermeister Marinus Schaber)  
Kaiserhof 3  
83543 Rott a. Inn

und der

##### **Gemeinde Schechen**

(vertreten durch Herrn 1. Bürgermeister Hans Holzmeier)  
Rosenheimer Straße 13  
83135 Schechen

Auf Grund der Art. 1 Abs. 1 Satz 1 i.V. mit Art. 2 Abs. 1 Alt. 2 und Art. 7 KommZG (Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit) wird folgende Zweckvereinbarung zur Übertragung der Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren (Art. 11 KommZG) auf Fl.Nr.: 1682/5, 1676/1, 1674/6, Gemarkung Hochstätt (Parkplatz Rotter Ausee) im Gemeindegebiet Schechen geschlossen:

#### **§ 1**

##### **Gegenstand der Vereinbarung**

Die Gemeinde Schechen überträgt der Gemeinde Rott a. Inn die Aufgaben und Befugnisse zur Erhebung von Parkgebühren im Bereich des Rotter Ausees („Arge“). Dies beinhaltet auch das Recht gem. Art. 11 KommZG zum Erlass von Satzungen zur Gebührenerhebung („Satzungshoheit“).

#### **§ 2**

##### **Übertragung der Aufgaben und Befugnisse**

1. Die Gemeinde Rott a. Inn übernimmt gem. Art. 10 KommZG die Erhebung der Parkgebühren am Rotter Ausee auf Fl.Nr. 1682/5, 1676/1, 1674/6, Gemarkung Hochstätt auf Grundlage einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Gebührenverordnung. Dazu gehört auch die Überwachung und ggf. Nachverfolgung zur Zahlung der Parkgebühren durch die Gemeinde Rott a. Inn.

#### **§ 3**

##### **Dauer und Beendigung**

1. Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der amtlichen Bekanntmachung der Genehmigung in Kraft. Die Zweckvereinbarung gilt unbefristet und kann von den Beteiligten mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende jeden Kalenderjahres, frühestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren seit dem Inkrafttreten, gekündigt werden. Davon unberührt bleibt das außerordentliche Kündigungsrecht aus wichtigem Grund.
2. Im Falle der Kündigung gehen das Vermögen und die Verbindlichkeiten bezüglich der Erhebung von Parkgebühren am Rotter Ausee auf die Gemeinde Rott a. Inn als Grundstückseigentümer über.

#### **§ 4 Anpassungen**

Bei wesentlichen Änderungen, der dieser Zweckvereinbarung zugrunde liegenden gesetzlichen oder sonstigen Bestimmungen werden die Beteiligten in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, die Zweckvereinbarung den veränderten Verhältnissen anzupassen.

#### **§ 5 Schriftform und salvatorische Klausel**

Alle die Zweckvereinbarung betreffenden Vereinbarungen zwischen der Gemeinde Rott a. Inn und der Gemeinde Schechen bedürfen der Schriftform. Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftig in ihr aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarungen nicht berührt. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Die Vertragsparteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke eine Regelung zu treffen, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn der Vereinbarung bedacht hätten.

Gemeinde Rott a. Inn  
Rott a. Inn, 06.07.2012

gez.

Marinus Schaber  
Erster Bürgermeister

Gemeinde Schechen  
Schechen, 09.07.2012

gez.

Hans Holzmeier  
Erster Bürgermeister

Diese Zweckvereinbarung wird auch im Internet unter der Adresse  
[www.landkreis-rosenheim.de](http://www.landkreis-rosenheim.de) (Aktuelles/Pressemitteilungen, Publikationen/Amtsblatt) veröffentlicht.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 15.05.2019

gez.

Mandl  
Regierungsrätin

## **Vollzug des KommZG;**

### **Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Stephanskirchen und der Gemeinde Rohrdorf über die Übertragung der Aufgaben und Befugnisse der öffentlichen Entwässerung für die Grundstücke Fl.Nr. 1626, 1626/1 und 1626/2 der Gemarkung Rohrdorf**

Der Gemeinderat der Gemeinde Stephanskirchen und der Gemeinderat der Gemeinde Rohrdorf haben in der Sitzung vom 30.04.2019 bzw. vom 28.03.2019 nachstehende Zweckvereinbarung beschlossen.

Die Zweckvereinbarung wurde gemäß Art. 12 Abs. 2 KommZG vom Landratsamt Rosenheim, Sachgebiet 21, mit Schreiben vom 21.05.2019 rechtsaufsichtlich genehmigt.

Die Zweckvereinbarung wird hiermit zur Erlangung der Rechtswirksamkeit bekannt gemacht:

**Die Gemeinde Stephanskirchen**  
(vertreten durch den Ersten Bürgermeister Rainer Auer)  
Rathausplatz 1, Stephanskirchen

und

**die Gemeinde Rohrdorf**  
(vertreten durch den Ersten Bürgermeister Christian Praxl)  
St.-Jakobus-Platz 2, 83101 Rohrdorf

schließen nach Art. 7 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994, zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 22. März 2018, folgende

## **Zweckvereinbarung**

### **§ 1 Gegenstand der Vereinbarung**

- (1) Die Gemeinde Rohrdorf überträgt der Gemeinde Stephanskirchen die Aufgabe, für die Grundstücke am Mitterweg Fl.Nr. 1626, 1626/1 und 1626/2 der Gemarkung Rohrdorf die öffentliche Entwässerung zu übernehmen.
- (2) Die Gemeinde Stephanskirchen erklärt sich zur Übernahme der in Abs. 1 aufgeführten Aufgabe nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen bereit.

### **§ 2 Übertragung von Befugnissen und Satzungsrecht**

- (1) Die Gemeinde Rohrdorf überträgt der Gemeinde Stephanskirchen alle zur Erfüllung der in § 1 bezeichneten Aufgabe notwendigen Befugnisse.
- (2) Die Gemeinde Rohrdorf überträgt der Gemeinde Stephanskirchen das Recht, die zur Erfüllung der in § 1 bezeichneten Aufgabe notwendigen Satzungen zu erlassen.

### **§ 3 Aufgabenerfüllung**

- (1) Die Gemeinde Stephanskirchen verpflichtet sich, die notwendigen Entwässerungsanlagen in dem in § 1 bezeichneten Gebiet der Gemeinde Rohrdorf zu denselben Bedingungen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten als im eigenen Gemeindegebiet.
- (2) Die Gemeinde Rohrdorf gestattet der Gemeinde Stephanskirchen, die zur Abwasserbeseitigung in dem in § 1 bezeichneten Gebiet notwendigen Entwässerungsanlagen zu errichten, zu ändern und zu betreiben. Für diese Gestattung wird keine Gebühr erhoben.

### **§ 4 Störungen**

Die Gemeinde Stephanskirchen und die Gemeinde Rohrdorf verpflichten sich, sich gegenseitig unverzüglich zu unterrichten, wenn sie Kenntnis davon erlangen, dass schädliche Stoffe in die Entwässerungseinrichtung gelangt sind oder Störungen in der Entwässerungseinrichtung auftreten, die das in § 1 bezeichnete Gebiet betreffen.

## **§ 5 Haftung**

- (1) Die Gemeinde Stephanskirchen haftet nicht für Schäden, die durch Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der Anlage, wegen Ausbesserungsarbeiten oder durch Rückstau infolge von unabwendbaren Naturereignissen, insbesondere Hochwasser, in dem in § 1 genannten Gebiet hervorgerufen werden.
- (2) Im Übrigen haftet die Gemeinde Stephanskirchen für Schäden, die sich aus der Benützung der Entwässerungseinrichtung in dem in § 1 genannten Gebiet ergeben nur dann, wenn einer Person, für welche die Gemeinde Stephanskirchen verantwortlich ist, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

## **§ 6 Meinungsverschiedenheiten**

- (1) Bei Meinungsverschiedenheiten aus dieser Vereinbarung, die nicht im gegenseitigen Einvernehmen ausgeräumt werden können, ist das Landratsamt Rosenheim als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zu Schlichtung anzurufen.
- (2) Der Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten wird durch die Regelung in Abs. 1 nicht ausgeschlossen.

## **§ 7 Laufzeit, Kündigung, Auseinandersetzung**

- (1) Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Eine ordentliche Kündigung kann nur unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren jeweils zum 31. Dezember eines Jahres erfolgen.
- (3) Die Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) hinsichtlich einer außerordentlichen Kündigung bleiben unberührt.
- (4) Wird die Zweckvereinbarung aufgehoben, so haben die Beteiligten eine Auseinandersetzung anzustreben, die eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung des in § 1 genannten Gebietes gewährleistet.

## **§ 8 Schriftformerfordernis**

Ergänzungen bzw. Änderungen, sowie Erweiterung und Kündigung dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind unzulässig.

## **§ 9 Genehmigungspflicht**

Der Abschluss dieser Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Gleiches gilt für die Änderung und Aufhebung der Zweckvereinbarung.

## **§ 10 Ausfertigung**

Jede beteiligte Gemeinde erhält eine unterzeichnete Ausfertigung dieser Zweckvereinbarung.

## **§ 11 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung unwirksam sein, wird dadurch die Gültigkeit dieser Zweckvereinbarung insgesamt nicht berührt, wenn anzunehmen ist, dass die Beteiligten die Zweckvereinbarung auch ohne die unwirksame Regelung geschlossen hätten. Unwirksame Bestimmungen sind im Sinne des Vereinbarungszweckes umzu-  
deuten oder zu ergänzen. Das Gleiche gilt, wenn sich eine regelungsbedürftige Lücke herausstellt.

## **§ 12 Inkrafttreten**

Diese Zweckvereinbarung tritt einen Tag nach ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig verliert die Zweckvereinbarung vom 02.06.1999 ihre Gültigkeit.

Gemeinde Stephanskirchen, 06.05.2019

gez.

Rainer Auer  
Erster Bürgermeister

Gemeinde Rohrdorf, 09.05.2019

gez.

Christian Praxl  
Erster Bürgermeister

Diese Zweckvereinbarung wird auch im Internet unter der Adresse  
[www.landkreis-rosenheim.de](http://www.landkreis-rosenheim.de) (Aktuelles/Pressemitteilungen, Publikationen/Amtsblatt) veröffentlicht.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 21.05.2019

gez.

Mandl  
Regierungsrätin



# FINANZWESEN

## **Vollzug des KommZG und der GO;**

### **Haushalt 2019 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn**

#### **I.**

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn hat in der Sitzung vom 28.03.2019 den Haushalt des Jahres 2019 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird zur Erlangung der Rechtswirksamkeit nachstehend bekannt gemacht:

#### **Haushaltssatzung**

des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach am Inn

für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund des § 13 Abs. 2 der Verbandssatzung, Art. 34 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 41 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn folgende Haushaltssatzung:

#### **§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit festgesetzt; er schließt im

##### **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 1.031.600,00 €

und im

##### **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 562.500,00 €

ab.

#### **§ 2**

Es werden keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen festgesetzt.

#### **§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

#### **§ 4**

- a) Zur Finanzierung des durch die sonstigen Einnahmen im Verwaltungshaushalt nicht gedeckten Bedarfs wird eine Betriebskostenumlage erhoben. Diese beträgt für die Gemeinde Brannenburg 479.000,00 € und für die Gemeinde Flintsbach a. Inn 236.600,00 €.
- b) Zur Finanzierung des durch die sonstigen Einnahmen im Vermögenshaushalt nicht gedeckten Bedarfs wird eine Investitionskostenumlage erhoben. Diese beträgt für die Gemeinde Brannenburg 184.400,00 € und für die Gemeinde Flintsbach a. Inn 72.800,00 €

#### **§ 5**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 100.000 € festgesetzt.

## § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2019 in Kraft.

Brannenburg, 25.04.2019

gez.

Matthias Jokisch  
Erster Bürgermeister  
und Verbandsvorsitzender

### II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes (Gemeinde Brannenburg, Schulweg 2, 83098 Brannenburg) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 14.05.2019

gez.

Mandl  
Regierungsrätin

## SONSTIGES

### B e k a n n t m a c h u n g

der

**Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn**

Aufgebot für Sparurkunden gemäß § 25 SpkO, Art. 34 - 42 AGBGB.

Nachstehende Sparurkunden wurden zu Verlust gemeldet und werden öffentlich aufgeboden:

Sparurkunden Nr.: 3163211349,3162355121,3163195872,4153211356

ausgestellt auf: Schelmbauer Gertraud

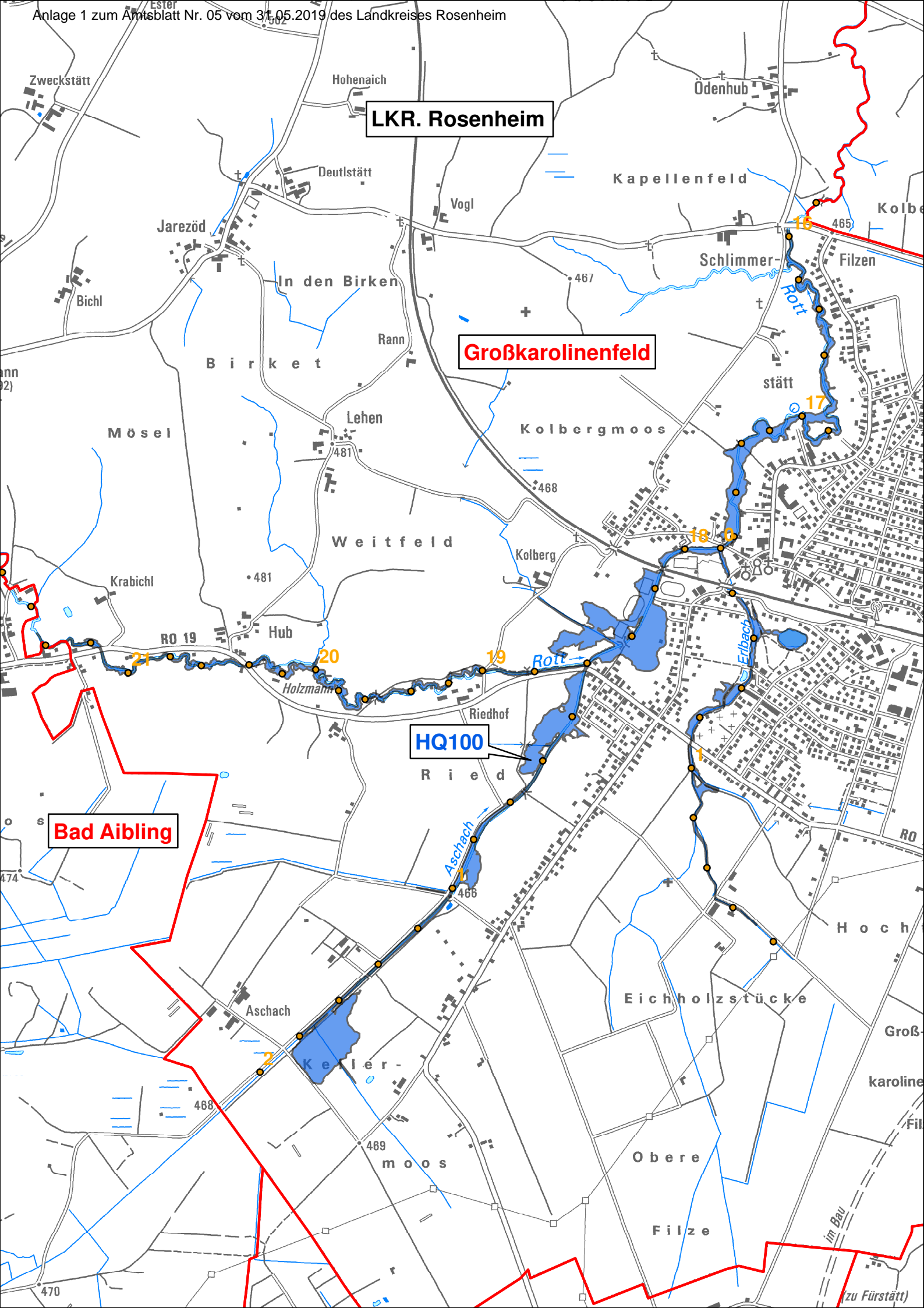
Antragsteller des

Aufgebotsverfahrens: Schelmbauer Gertraud

An den Inhaber der Urkunden ergeht die Aufforderung, binnen drei Monaten ab heute seine Rechte unter Vorlage der Urkunden bei der Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn anzumelden, widrigenfalls die Urkunden für kraftlos erklärt werden.

Wasserburg am Inn, den 31.05.2019

KREIS- UND STADTSPARKASSE WASSERBURG AM INN



## § 5 Mitgliedsschaft

4.)

Der Verbandsvorsteher führt ein Mitgliederverzeichnis mit folgenden Daten: Name, Anschrift, Flur-Nr. und Grundstücksfläche in m<sup>2</sup>. Dieses ist vom Verbandsvorsteher stets auf dem Laufenden zu halten. Der Aufsichtsbehörde ist ein aktuelles Mitgliederverzeichnis zuzuleiten.

## § 25 Beiträge

4.)

Haus- oder Gebäudebesitzer, die Abwässer oder Regenwasser aus ihren Grundstücken in die Verbandsanlagen einleiten, haben dem Verband entsprechend ihrem Vorteil hierfür Beiträge zur Unterhaltung der Verbandsanlagen zu leisten. Die hierfür zu erhebenden Beiträge werden nach der tatsächlichen Grundstücksfläche von der der Vorstandschaft unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes beschlossen.

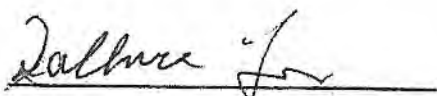
## § 27 Beitragsverhältnis

3.1

Bei Grundstücksentwässerungen eine Beitragseinheit je Quadratmeter Grundstücksfläche. Entscheidend ist hier die Grundstücksgröße laut Grundbuch. Die Höhe der Beitragseinheit wird von der Vorstandschaft beschlossen.

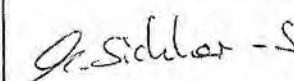
3.3

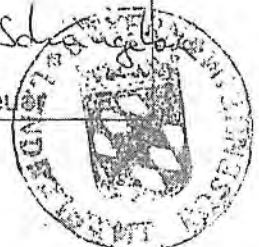
Bei Einleitung von Abwasser und Regenwasser gem. § 25 Abs. 4 in die Verbandsanlagen entsprechend dem festgestellten Vorteil. Der Vorteil bemisst sich nach der tatsächlichen Grundstücksgröße gemäß Grundbuch. Die Höhe des Beitrags wird von der Vorstandschaft beschlossen.



( Unterschrift Verbandsvorsteher)

genehmigt  
Landratsamt Rosenheim  
Rosenheim, 23.05.19

  
Sichler-Schwingerheuer

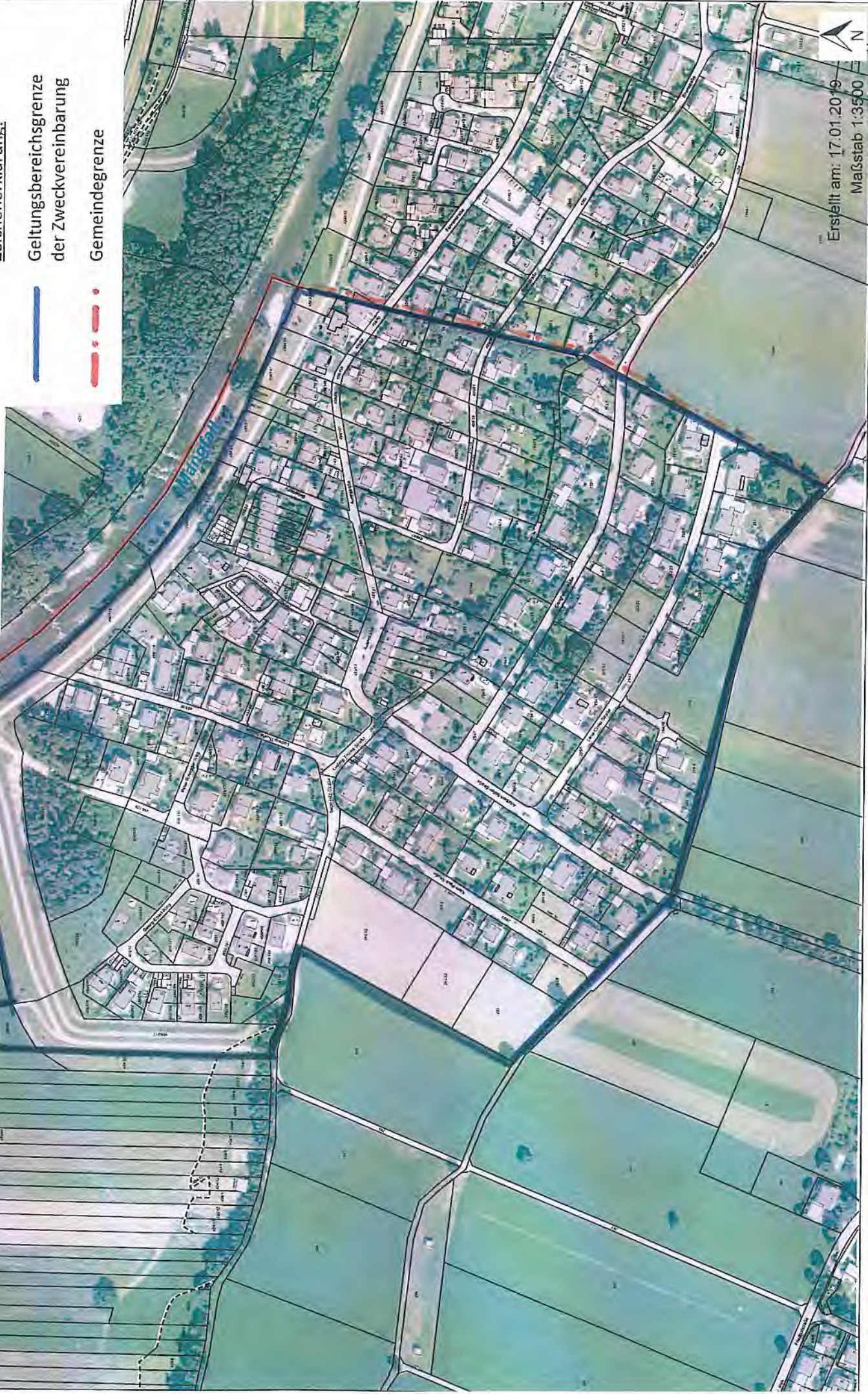




# Anlage zur Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und dem Markt Bruckmühl zur Wasserversorgung der Vagener Au

## Zeichenerklärung:

- Geltungsbereichsgrenze der Zweckvereinbarung
- Gemeindegrenze



Erstellt am: 17.01.2019  
Maßstab 1:3500